

Verbraucherkreditrecht

Bülow / Artz

10. Auflage 2019
ISBN 978-3-406-72869-3
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Bülow/Artz
Verbraucherkreditrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verbraucherkreditrecht

Entgeltliche und unentgeltliche
Darlehen und Finanzierungshilfen
Verbraucher und Unternehmer
Widerruf und verbundene Geschäfte
Kreditvermittlung; IPR (Rom I-VO)
Mahnverfahren; Art. 17 EuGVVO

von

Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Bülow

Universität Trier

Prof. Dr. Markus Artz

Universität Bielefeld

10. Auflage 2019

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:
Bülow/Artz/Bearbeiter


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72869 3

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 10. Auflage

Die Neuauflage kommentiert drei gesetzgeberische Neuerungen, nämlich die Präzisierung der Kreditwürdigkeitsprüfung durch § 505a Abs. 3 (neu), die Aufnahme des Immobilienverzehrcredits in § 491 und die Berücksichtigung des unentgeltlichen Kredits (§§ 514, 515) in der Unabdingbarkeitsregelung nach § 512 Satz 1 (halbzwingende Geltung); hinzu kommen neue Informationsvorschriften in Art. 247 und 247a EGBGB. Auch der neue Verbraucherbauvertrag mit seinem Widerrufsrecht nach § 650 I BGB strahlt auf den Verbraucherkredit aus (Baufinanzierung).

Die Rechtsprechung war geprägt durch eine Entscheidungsflut zum Problem der Verwirkung des Widerrufsrechts und fand durch den zusammenfassenden Beschluss des BGH vom 23.1.2018 (WM 2018, 614) einen gewissen Abschluss. Bedeutsame Entscheidungen klären Fragen zur Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Verbraucherin und zur Übertragung des Widerrufsrechts auf einen Zessionar, um nur einige zu nennen. Hinzu kommt die Vertiefung und Systematisierung der AGB-Problematik. Auch das Internationale Prozessrecht in Gestalt der EuGVVO bildete sich fort. Vorbereitende und begleitende, umfangreiche Literatur fand Eingang in die Kommentierung.

Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand von Mai 2019 mit Nachträgen während der Drucklegung.

Dank für tatkräftige Unterstützung gilt Herrn wissenschaftlichem Mitarbeiter Philipp Reimann.

Trier und Bielefeld, April 2019

Peter Bülow
peterbuelow@t-online.de

Markus Artz
markus.artz@uni-bielefeld.de

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VI
Literaturverzeichnis	XXXI
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII

Einführung

1. Teil. Darlehen und Finanzierungshilfen, Widerruf und verbundene Geschäfte (§§ 491 bis 513, 355 bis 360, 13, 14 BGB)

Titel 3. Darlehensvertrag; Finanzierungshilfen und Ratenlieferungsverträge zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher

Untertitel 1. Darlehensvertrag

Kapitel Besondere Vorschriften für Verbraucherdarlehensverträge

§ 491	Verbraucherdarlehensvertrag	43
§ 491a	Vorvertragliche Informationspflichten bei Verbraucherdarlehensverträgen	149
§ 492	Schriftform, Vertragsinhalt	206
§ 492a	Kopplungsgeschäfte bei Immobilier-Verbraucherdarlehensverträgen ..	277
§ 492b	Zulässige Kopplungsgeschäfte	284
§ 493	Informationen während des Vertragsverhältnisses	289
§ 494	Rechtsfolgen von Formmängeln	298
§ 495	Widerrufsrecht; Bedenkzeit	336
§ 496	Einwendungsverzicht, Wechsel- und Scheckverbot	545
§ 497	Verzug des Darlehensnehmers	559
§ 498	Gesamtfälligkeitstellung bei Teilzahlungsdarlehen	593
§ 499	Kündigungsrecht des Darlehensgebers; Leistungsverweigerung	622
§ 500	Kündigungsrecht des Darlehensnehmers; vorzeitige Rückzahlung ..	630
§ 501	Kostenermäßigung	638
§ 502	Vorfälligkeitsentschädigung	644
§ 503	Umwandlung bei Immobilier-Verbraucherdarlehen in Fremdwährung ..	654
§ 504	Eingeräumte Überziehungskredite	661
§ 504a	Beratungspflicht bei Inanspruchnahme der Überziehungsmöglichkeit ..	677
§ 505	Geduldete Überziehung	683
§ 505a	Pflicht zur Kreditwürdigkeitsprüfung bei Verbraucherdarlehensverträgen	692
§ 505b	Grundlage der Kreditwürdigkeitsprüfung bei Verbraucherdarlehensverträgen	701
§ 505c	Weitere Pflichten bei grundpfandrechtl. oder durch Reallast besicherten Immobilier-Verbraucherdarlehensverträgen	707
§ 505d	Verstoß gegen die Pflicht zur Kreditwürdigkeitsprüfung	709
§ 505e	Verordnungsermächtigung	714

Inhaltsübersicht

Untertitel 2. Finanzierungshilfen zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher

§ 506	Zahlungsaufschub, sonstige Finanzierungshilfe	730
§ 507	Teilzahlungsgeschäfte	791
§ 508	Rücktritt bei Teilzahlungsgeschäften	805

Untertitel 3. Ratenlieferungsverträge zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher

§ 510	Ratenlieferungsverträge	826
-------	-------------------------------	-----

Untertitel 4. Beratungsleistungen bei Immobilier-Verbraucherdarlehensverträgen

§ 511	Beratungsleistungen bei Immobilier-Verbraucherdarlehensverträgen ..	844
-------	---	-----

Untertitel 5. Unabdingbarkeit, Anwendung auf Existenzgründer

§ 512	Abweichende Vereinbarungen	849
§ 513	Anwendung auf Existenzgründer	860

Untertitel 6. Unentgeltliche Darlehensverträge und unentgeltliche Finanzierungshilfen zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher

§ 514	Unentgeltliche Darlehensverträge	869
§ 515	Unentgeltliche Finanzierungshilfen	883

2. Teil.

Darlehensvermittlung (§§ 655a bis 655e BGB)

Titel 10. Maklervertrag

Untertitel 2. Vermittlung von Verbraucherdarlehensverträgen und entgeltlichen Finanzierungshilfen

§ 655a	Darlehensvermittlungsvertrag	887
§ 655b	Schriftform bei einem Vertrag mit einem Verbraucher	902
§ 655c	Vergütung	907
§ 655d	Nebentgelte	916
§ 655e	Abweichende Vereinbarungen, Anwendung auf Existenzgründer	920

Inhaltsübersicht

3. Teil. Internationales Verbraucherkreditrecht (Rom I-VO, Art. 46b EGBGB, Art. 34 AEUV [vormals Art. 28 EGV], UN-Kaufrecht)

4. Teil. Verbraucherkredit-Mahnverfahren (§§ 688 bis 691 ZPO, weitere prozessuale Fragen, insbesondere Art. 17 EuGVVO)

§ 688 ZPO Zulässigkeit	937
§ 690 ZPO Mahnantrag	937
§ 691 ZPO Zurückweisung des Mahnantrags	938
Sachverzeichnis	957


DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Literaturverzeichnis	XXXI
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII

Einführung

I. Entstehungsgeschichte	9
1. Verbraucherkreditrichtlinien und Verbraucherrechte-Richtlinie	9
2. Umsetzung der zweiten Verbraucherkreditrichtlinie 2008/48/EG und der WohnimmoRil 2014/17/EU in deutsches Recht	11
3. Umsetzung der ersten Verbraucherkreditrichtlinie 87/102/EWG in deutsches Recht	15
4. Neubestimmung aufgrund Umsetzung der Fernabsatzrichtlinie	16
5. Verbraucherkreditrecht nach der Schuldrechtsmodernisierung	17
6. Reform der Schuldrechtsmodernisierung im Zuge des OLGVertrÄndG	18
7. Finanzdienstleistungen im Fernabsatz	19
8. Neue Vorhaben: digitale Inhalte, Aktionsplan Finanzdienstleistungen, „New Deal for Consumers“, Zusammenarbeit im Verbraucherschutz	19
II. Europäische Richtlinien und ihre Umsetzung	20
1. Richtlinienkonformität	20
2. Vollharmonisierung	23
III. Privatrechtliche Grundlagen	26
1. Sonderprivatrecht	26
2. Kredit	27
3. Verbraucher und Unternehmer: Das rollenbezogene und kompensatorische Modell	27
4. Rechtsprechungsgrundsätze als gesetzliche Vorschriften und Neuerungen	33
5. Sittenwidriger Konsumentenkredit	34
IV. Zeitliche Anwendungsbereiche	34
1. Grundlagen	34
2. Zeitliche Geltung der durch die VerbrRechteRil eingeführten Vorschriften (Art. 229 § 32 EGBGB, Art. 15 VerbrRechteRil-UG)	36
3. Zeitliche Geltung der durch die Wohnimmobilien- Verbraucherkreditrichtlinie eingeführten Vorschriften (Art. 229 § 38 EGBGB, Art. 13 WohnimmoRil-UG)	39
4. FinanzaufsichtsergänzungsG – Immobilienverzehrcredit, Unabdingbarkeit (Art. 229 § 40 EGBGB); Verbraucherbaupertrag (Art. 229 § 39 EGBGB)	41
V. Gang der Darstellung	41

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Darlehen und Finanzierungshilfen, Widerruf und verbundene Geschäfte (§§ 491 bis 513, 355 bis 360, 13, 14 BGB)

Titel 3. Darlehensvertrag; Finanzierungshilfen und Ratenlieferungsverträge zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher

Untertitel 1. Darlehensvertrag

Kapitel 2. Besondere Vorschriften für Verbraucherdarlehensverträge

§ 491 Verbraucherdarlehensvertrag	43
Vorbemerkung: Zu den Begrifflichkeiten	56
A. Persönlicher Anwendungsbereich	57
I. Verbraucher und Unternehmer	57
II. Recht der Europäischen Union	59
III. Unternehmer als Kreditgeber (Darlehensgeber)	60
1. Die Begrifflichkeiten Kreditgeber und Darlehensgeber	60
2. Gewerbs- oder Berufsmäßigkeit	60
3. Öffentliche Hand	62
IV. Verbraucher als Kreditnehmer (Darlehensnehmer)	63
1. Natürliche Person	63
2. Insbesondere: Mehrheit von Verbrauchern	64
3. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	67
4. Stellvertretung	71
5. Verwendungszweck	72
V. Rechtsnachfolge	86
1. Abtretung	86
2. Privative Schuldübernahme	89
3. Vertragsübernahme	92
4. Erbfolge	96
B. Sachlicher Anwendungsbereich	98
I. Kreditvertrag als Oberbegriff	98
1. Systematischer Standort des Darlehens in der Verbraucher- und in der Wohnimmobilien-Kreditrichtlinie	98
2. Standort des Darlehens im Gesetz	99
3. Überlagerung durch Fernabsatzrecht	99
II. Verbraucherdarlehensverträge	100
1. Allgemein- und Immobilier-Verbraucherdarlehensverträge	100
2. Entgeltlichkeit	107
3. Gelddarlehen	108
4. Gestaltungsformen des Darlehens	109
5. Kreditkarten	111
6. Kreditöffnungsvertrag	112
7. Keine Anwendung auf Sachdarlehen	113
8. Beweislast	113
III. Sicherungsgeschäfte, insbesondere Schuldbeitritt und Bürgschaft	113
1. Grundlagen	114
2. Bank als Bürgin	116
3. Schuldbeitritt zu einem Abzahlungskauf; Schuldbeitritt zu einem Verbraucherkreditgeschäft	117
4. Bürgschaft und Sicherungsvertrag	119
5. Hauptvertrag (gesicherter Vertrag) kein Verbraucherkreditvertrag (Einzelbetrachtung)	121

Inhaltsverzeichnis

6. Exkurs: Schlüsselgewalt § 1357 BGB	122
7. Form und Heilung	123
IV. Gemischte Verträge	124
1. Fallgruppen	124
2. Mietvertragliche Elemente	125
3. Gemischter Verwendungszweck	126
V. Nachträgliche Veränderungen	129
1. Prolongation, Stillhalteabkommen	129
2. Änderung in einen neuen Vertrag, echte Abschnittsfinanzierung	130
3. Konditionenanpassung, unechte Abschnittsfinanzierung	131
C. Ausnahmen	133
I. Reichweite der Ausnahmen und Abgrenzungen	133
1. Unterschiedliche für gänzlichen und teilweisen Ausschluss	133
2. Vertrags- und Geschäftsarten	134
3. Beweislast	135
II. Gänzliche Unanwendbarkeit (Vollausnahmen für Allgemein- Verbraucherkreditverträge, Abs. 2 Satz 2)	135
1. Bagatellgeschäfte (Nr. 1)	135
2. Sachpfandkredite (Nr. 2)	137
3. Kurzfristige und kostengünstige Darlehen (Nr. 3)	138
4. Arbeitgeberdarlehen (Nr. 4)	139
5. Günstige Darlehen im öffentlichen Interesse (Förderdarlehen, Nr. 5)	142
6. Immobilien-Verbraucherdarlehensverträge und Immobilienverzehrcredite (Nr. 6)	144
III. Vollausnahmen für Immobilien-Verbraucherdarlehensverträge (Abs. 3 Satz 2 und 4)	144
1. Arbeitgeberdarlehen	144
2. Immobilienverzehrcredite	144
IV. Teilweise Unanwendbarkeit (Teilausnahmen, Abs. 4: Gerichtliches Protokoll oder Beschluss; Abs. 3 Satz 3: Immobilien-Förderdarlehen)	146
1. Normstruktur von Abs. 4	146
2. Notwendige Angaben	147
3. Gerichtliches Protokoll und Beschluss	148
4. Insbesondere: Verbundene Geschäfte	149
5. Immobilienförderdarlehen nach Abs. 3 Satz 3	149
§ 491a Vorvertragliche Informationspflichten bei Verbraucher- darlehensverträgen	149
Vorbemerkung	190
A. Vorvertragliche Informationen beim Verbraucherdarlehensvertrag	190
I. Informationspflicht aus Art. 247 EGBGB	190
II. Vorvertragliche Information beim Allgemein- Verbraucherdarlehensvertrag	191
1. Form und Zeitpunkt der vorvertraglichen Information	191
2. Muster	192
3. Inhalt der vorvertraglichen Information	192
4. Zusätzliche Angaben bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen	194
III. Vorvertragliche Informationen beim Immobilien- Verbraucherdarlehensvertrag	194
1. Angaben des Verbrauchers hinsichtlich der Kreditwürdigkeitsprüfung	194
2. Vorvertragliche Informationen hinsichtlich des Vertrags (ESIS- Merkblatt)	194
3. Weitere Informationen	196
4. Verhandlungsabbruch	196
IV. Vorvertragliche Informationen bei Umschuldung und Überziehung	196
V. Vorvertragliche Informationen bei Beratungsleistungen nach § 511	196
VI. Vorvertragliche Informationen bei Förderkrediten	197

Inhaltsverzeichnis

VII. Besondere Kommunikationsmittel	197
VIII. Zusatzleistungen	197
B. Vertragsentwurf	198
C. Erläuterungspflicht	199
D. Werbung	202
E. Rechtsfolgen fehlender oder fehlerhafter vorvertraglicher Information; Divergenz zum Vertrag	204
§ 492 Schriftform, Vertragsinhalt	206
A. Verbraucherkreditrechtliche Formanforderungen	225
I. Schriftform, elektronische Form und Pflichtangaben	225
II. Art des Kreditvertrages	226
III. Freistellungen	228
IV. Heilung und schwebende Wirksamkeit	228
B. Gesetzliche Schriftform	228
I. Anwendungsregeln	228
1. Allgemeine Grundsätze	228
2. Zugangsverzicht	229
3. Blankoerklärung und Genehmigung	230
4. Internet, Telekommunikation	232
5. Erleichterte Formanforderungen im Verbraucherkreditrecht	234
II. Allgemeine Anforderungen an die gesetzliche Schriftform aus § 126 BGB	234
1. Unterschrift	234
2. Finanzdienstleistungen im Fernabsatz und außerhalb von Geschäftsräumen	235
3. Wesentlicher Vertragsinhalt; Nebenabreden	235
4. Einheitlichkeit der Urkunde	236
III. Sonderregelungen aus § 492 Abs. 1 Sätze 2 und 3, Abs. 3	237
1. Erleichterte Anforderungen	237
2. Aushändigung einer Abschrift	239
3. Tilgungsplan	240
IV. Vollmacht zum Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrages	241
1. Ausschluss von § 167 Abs. 2 BGB	241
2. Umfang der Formbedürftigkeit	241
3. Person des Vertreters; Darlehensgeber	242
4. Prozessvollmacht, notarielle Vollmacht	242
5. Rechtsfolgen	243
6. Finanzierungshilfen	246
C. Die Pflichtangaben	246
Vorbemerkung: keine Angabe des Verwendungszwecks; Konzeption der Vorschriften; Wettbewerbsrecht; Transparenzgebot	246
1. Name und Anschrift von Darlehensgeber und Darlehensnehmer	250
2. Art des Darlehens	250
3. Effektiver Jahreszins	251
4. Nettodarlehensbetrag, Höchstgrenze	252
5. Sollzinssatz	254
6. Vertragslaufzeit	254
7. Betrag, Zahl und Fälligkeit der einzelnen Teilzahlungen	254
8. Gesamtbetrag	255
9. Auszahlungsbedingungen	260
10. Sonstige Kosten	260
11. Verzugszins, Anpassung	268
12. Warnhinweis zu den Folgen ausbleibender Zahlungen	268
13. Widerrufsrecht	268
14. Recht zur vorzeitigen Rückzahlung und Vorfälligkeitsentschädigung	269
15. Zuständige Aufsichtsbehörde	270
16. Hinweis auf Anspruch auf Tilgungsplan	270
17. Verfahren bei Vertragskündigung	270

Inhaltsverzeichnis

18. Sämtliche weitere Vertragsbedingungen	270
19. Notarkosten	271
20. Sicherheiten	271
21. Versicherungen	272
22. Außergerichtliches Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren	273
23. Kontoführungsgebühren	273
24. Zusatzleistungen	274
25. Darlehensvermittler	274
26. Fremdwährungsdarlehen	274
D. Erklärungen nach Vertragsabschluss	274
E. Nachholung von vertraglichen Angaben	275
F. Index oder Referenzzinssatz	277
§ 492a Kopplungsgeschäfte bei Immobilien-Verbraucherdarlehensverträgen	277
Vorbemerkung	278
I. Begriff des Kopplungsgeschäfts	279
1. Haupt- und Nebenleistung	279
2. Finanzprodukt und Finanzdienstleistung	280
3. Vertragsparteien: Verbraucher, Unternehmer, Dritte	280
4. Abhängigkeit	280
II. Rechtsfolgen	281
1. Teilwirksamkeit und Teilnichtigkeit	281
2. Beweislast	282
III. Wettbewerbsrecht	282
1. Unlauterkeitsrecht	282
2. Kartellrecht	283
IV. Basiskonto	283
§ 492b Zulässige Kopplungsgeschäfte	284
I. Überblick	285
II. Kopplungsgeschäfte mit Zweckabrede nach Abs. 1 Nr. 1 und 2 sowie Kreditverträge mit Wertbeteiligung nach Nr. 3	285
1. Vertragsparteien	285
2. Zweckabrede	286
3. Zahlungs- oder Sparkonto (Nr. 1)	286
4. Anlage- oder Rentenprodukt (Nr. 2)	287
5. Darlehensvertrag mit Wertbeteiligung	287
III. Kopplung mit Versicherungsvertrag (Abs. 2)	288
1. Kennzeichnung	288
2. Parteien des Versicherungsvertrags	288
3. Ersetzungsbefugnis	289
IV. Neue Produkte (Abs. 3)	289
V. Beweislast	289
§ 493 Informationen während des Vertragsverhältnisses	289
I. Einführung	294
II. Informationspflicht bei Ablauf der Zinsbindung (Abs. 1)	295
III. Informationspflicht bei nahendem Vertragsende (Abs. 2)	296
IV. Zinsanpassung (Abs. 3)	296
V. Fremdwährungskredit (Abs. 4)	297
VI. Vorzeitige Rückzahlung (Abs. 5)	297
VII. Abtretung (Abs. 6)	298
§ 494 Rechtsfolgen von Formmängeln	298
A. Nichtigkeit und Heilung	302
I. Sachlicher Anwendungsbereich	302
1. Formbedürftige Erklärung	302
2. Vollmacht	303

Inhaltsverzeichnis

3. Interzession	303
4. Rechtsnachfolge	304
II. Rechtsfolgen des Formverstößes	304
1. Verhältnis von § 494 Abs. 1 zu § 125 BGB	304
2. Wirksamkeit trotz Formverstoß bei Art. 247 §§ 7 und 8 EGBGB	306
3. Anwendbarkeit von § 139 BGB?	308
III. Erfüllung trotz Formwidrigkeit	310
1. Freiwillige Leistung des Darlehensgebers	310
2. Erfüllungsanspruch des Verbrauchers	312
IV. Andere Nichtigkeitsgründe	315
V. Ersatzansprüche aufgrund Formwidrigkeit	316
VI. Unrichtige Angaben	317
1. Das Problem der Nichtigkeit	317
2. Umfang der Leistungspflichten	318
3. Ersatzansprüche aufgrund unrichtiger Angaben	319
B. Heilungstatbestände	319
I. Sanktionensystem	320
II. Voraussetzungen und Folgen der Heilung	321
1. Empfang, Inanspruchnahme, Dritte (Abs. 2 Satz 1)	321
2. Heilungsumfang	324
3. Abschrift des geheilten Vertrags (Abs. 7), Beweislast	333
C. Effektiver Jahreszins (Abs. 3)	333
I. Fehlende Angabe	333
II. Zu niedrige Angabe	334
1. Absolute, nicht relative Verminderung	334
2. Absolute Zinsdifferenz	334
3. Verbundenes Geschäft	335
III. Zu hohe Angabe	335
§ 495 Widerrufsrecht; Bedenkzeit	336
Einleitung: Widerruf und verbundene Geschäfte	359
1. Abschnitt Widerrufsrecht	359
A. Loslösung vom Vertrag: Widerrufsrecht	360
I. Widerruf und schwebende Wirksamkeit	360
1. Sofortige Vertragswirksamkeit, Erfüllungs- und Gewährleistungsansprüche	360
2. Rechtsnatur des Widerrufsrechts, halbzwingende Geltung	362
3. Rechtsmissbrauch, Verwirkung?	365
4. Rechtsfolgen des erklärten und des unterlassenen Widerrufs	371
II. Rückgaberecht	371
III. Verhältnis zu anderen Vorschriften	371
1. Bereicherungsrecht, Rücktritt und Doppelwirkung	371
2. Andere Widerrufsrechte	373
3. Umdeutung	381
B. Ausübung des Widerrufsrechts	381
Vorbemerkung: Sitz der Materie	381
I. Erklärung	382
1. Allgemeine Grundsätze	382
2. Form der Erklärung	384
3. Zeitpunkt der Erklärung	384
II. Erklärender	385
1. Verbraucher	385
2. Mithaftende	385
3. Vertreter	386
4. Rechtsnachfolge	387
III. Widerrufsfristen und ihr Beginn	388
1. Gesetzliche Fristen	388
2. Fristbeginn	388

Inhaltsverzeichnis

IV. Fristbeginn durch Pflichtangaben im Verbraucherdarlehensvertrag (§ 356b Abs. 1 BGB)	391
1. Fehlende und fehlerhafte Pflichtangaben	391
2. Inhalt und Rechtsnatur der Pflichtangaben nach Art. 247 § 6 Abs. 2 EGBGB (Widerrufsinformation); Anspruch des Verbrauchers	393
3. Zeitpunkt der Pflichtangaben	394
4. Adressat der Pflichtangaben, insbesondere nach Art. 247 § 6 Abs. 2 EGBGB und Rechtsfolgen isolierter Widerrufe	395
5. Form und Zugang	397
6. Formalien der Pflichtangaben nach Art. 247 § 6 Abs. 2 EGBGB	397
V. Fristbeginn durch Widerrufsbelehrung (§§ 356 Abs. 3, 356a Abs. 3 Satz 1 iVm 482, 356c Abs. 1, 356d, Art. 246 Abs. 3, 246a § 1 Abs. 2, § 4, Art. 246b § 1 Abs. 1 Nr. 12 EGBGB)	414
1. Sitz der Materie	414
2. Rechtsnatur der Widerrufsbelehrung; Anspruch des Verbrauchers	415
3. Zeitpunkt der Mitteilung	417
4. Adressat der Widerrufsbelehrung	418
5. Form und Zugang	419
6. Formalien der Widerrufsbelehrung	420
7. Wettbewerbsrecht und Anwaltschaftung	427
VI. Widerrufsrecht bei fehlender Unterrichtung des Verbrauchers	428
1. Pflichtangaben im Verbraucherdarlehensvertrag nach Art. 247 § 6 Abs. 2 EGBGB	428
2. Widerrufsbelehrung bei verbundenen Verträgen nach § 358 Abs. 1	428
3. Erfüllungsverlangen des Verbrauchers trotz Nichtigkeit	429
VII. Fristbeginn durch Vertragsurkunde	430
VIII. Kein Fristbeginn durch Informationspflichten im Fernabsatz oder durch Wareneingang	431
IX. Fristende	431
1. Vollständige Pflichtangaben nach Art. 247 § 6 Abs. 2 EGBGB resp. ordnungsgemäße Widerrufsbelehrung	431
2. Fehlende oder insuffiziente Unterrichtung über das Widerrufsrecht, ewiges Widerrufsrecht und Erlöschen bei Immobilien-Verbraucher kreditverträgen sowie bei Unentgeltlichkeit	432
3. Unterlassene Informationen bei Finanzdienstleistungen im Fernabsatz	433
4. Präklusion nach § 767 ZPO	433
X. Beweislast	434
1. Erfüllung	434
2. Widerruf	434
C. Ausnahmen (Umschuldung, Notar, Überziehungskredite, § 495 Abs. 2 und 3)	437
I. Umschuldung (§ 495 Abs. 2 Nr. 1)	437
II. Notarielle Beurkundung (§ 495 Abs. 2 Nr. 2)	438
III. Überziehungsdarlehen (§ 495 Abs. 2 Nr. 3)	438
1. Entbehrlichkeit des Widerrufsrechts	438
2. Finanzinstrumente	439
IV. Kompensation: Bedenkzeit für Immobilien-Kreditverträge (§ 495 Abs. 3)	439
D. Abwicklung nach Widerruf (§§ 355 Abs. 3, 357a, 361 Abs. 1 BGB)	440
I. Grundlagen	440
II. Rückgewährschuldverhältnis zwischen Verbraucher und Unternehmer	441
1. Gemeinsame Regelungen	441
2. Einzelne Ansprüche des Verbrauchers gegen den Unternehmer	450
3. Einzelne Ansprüche des Unternehmers gegen den Verbraucher	452
4. Mithaftung	461
5. Beweislast	461
6. Prozessuale Durchsetzung	461

Inhaltsverzeichnis

2. Abschnitt Verbundene Geschäfte	464
A. Grundlagen der Verbundfinanzierung durch Darlehen	464
I. Gefahr der Paritätsstörung durch Finanzierung	465
1. Rechtliche Trennung, aber wirtschaftliche Einheit	465
2. Störungsausgleich	467
II. Typologie	467
III. Anwendungsmodalitäten	467
1. Nichtigkeit eines der Geschäfte	467
2. Nachträgliche Drittfinanzierung	469
3. Ausschluss der Anwendbarkeit	469
4. Erweiterung der Anwendbarkeit	470
B. Voraussetzungen der Verbundenheit	470
I. Grundlagen	470
II. Zweckbindung	471
1. Tatsächliche Verwendung, entbehrliche Vereinbarung	471
2. Ganz oder teilweise; ausschließlich	472
3. Paritätische Gesamtschuld mit asymmetrischer Zweckbindung	473
4. Insbesondere: Überziehungskredit, Restschulversicherung	473
III. Wirtschaftliche Einheit	475
1. Begriff; Verbraucherhorizont	475
2. Unwiderlegliche Vermutungen	476
3. Verbindungselemente; Fallgruppen	477
4. Drei- und Zweipersonenverhältnis	480
5. Zusatzleistungen (Art. 247 § 8 EGBGB)	480
6. Besonderheiten für den finanzierten Grundstückserwerb (§ 358 Abs. 3 Satz 3)	480
IV. Erweiterung des Verbundreglements auf Gesellschaftsverträge, auf zusammenhängende Verträge (§ 360 BGB), auf Nicht- Verbraucherdarlehensverträge	485
1. Gesellschaftsbeitritt zu Kapitalanlage-/Steuerzwecken	485
2. Zusammenhängende Verträge (§ 360 BGB)	486
3. Darlehensverträge zwischen Unternehmer und Verbraucher, die keine Verbraucherdarlehensverträge sind (§ 491 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 3 BGB, unentgeltlicher Darlehensvertrag)	486
V. Teilweise oder ausgeschlossene Anwendbarkeit des Verbund- reglements	486
1. Persönlicher Anwendungsbereich (gemischte Verwendung)	487
2. Zweckbindung	487
3. Spekulationsgeschäfte, §§ 358 Abs. 5, 359 Abs. 2, 1. Variante	488
4. Heilung eines Vollmangels	490
C. Widerrufserstreckung (§ 358 Abs. 1 und 2 BGB)	490
I. Finanzierung durch Darlehen	490
1. Widerruf des finanzierten Geschäfts, § 358 Abs. 1; Wahlrecht des Verbrauchers	491
2. Widerruf des Verbraucherdarlehensvertrags, § 358 Abs. 2; Wahlrecht des Verbrauchers	492
3. Widerruf von Darlehensvertrag und finanziertem Vertrag	493
II. Finanzierung durch Teilzahlungsabrede	493
III. Erweiterung der Widerrufserstreckung auf zusammenhängende Verträge (§ 360 BGB)	494
1. Kennzeichnung	494
2. Begriff des zusammenhängenden Vertrags	494
3. Darlehensvertrag als zusammenhängender Vertrag (§ 360 Abs. 2 Satz 2)	495
4. Rechtsfolgen	496
5. Versicherungsverträge § 9 Abs. 2 VVG	498
IV. Ausschluss der Widerrufserstreckung (isolierter Widerruf?)	498

Inhaltsverzeichnis

V. Widerrufsbelehrung, Pflichtangaben nach Art. 247 § 12 EGBGB	498
1. Unwiderruflichkeit des finanzierten Vertrags (§ 358 Abs. 2)	499
2. Widerruflichkeit des finanzierten Vertrags (§ 358 Abs. 1)	501
D. Rückabwicklung nach Widerruf (§ 358 Abs. 4 BGB)	502
I. Erstreckung der Abwicklungsfolgen und Parteien des Rückgewährschuldverhältnisses	502
1. Abwicklung des widerrufenen und des nicht widerrufenen Vertrags	502
2. Unternehmer oder Darlehensgeber als Abwicklungspartei	503
II. Finanzierungskosten (§ 358 Abs. 4 Satz 4 BGB)	504
III. Abwicklungsverhältnis vor Zufluss (Valutierung, § 358 Abs. 4 Satz 5 BGB)	504
1. Maßgeblicher Zeitpunkt	505
2. Begriff des an den Unternehmer geflossenen Darlehens	505
3. Abwicklung zwischen Unternehmer und Verbraucher	507
IV. Abwicklungsverhältnis nach Zufluss	507
1. Ansprüche im Verhältnis Bank – Verbraucher	508
2. Ansprüche im Verhältnis Verbraucher – Unternehmer (Verkäufer)	511
3. Ansprüche im Verhältnis Bank – Unternehmer (Verkäufer)	511
V. Nichtigkeitsverträge	514
1. Nichtigkeit beider Verträge	515
2. Nichtigkeit des finanzierten Vertrags, Wirksamkeit des Darlehensvertrags	516
3. Nichtigkeit des Darlehensvertrags, Wirksamkeit des finanzierten Vertrags	517
E. Einwendungsdurchgriff (§ 359 BGB)	518
I. Ausgangslage	518
1. Leistungsverweigerungsrecht	518
2. Subsidiarität und Richtlinienkonformität	519
3. Ansprüche gegen Dritte, deliktische Ansprüche	520
II. Wirkungsweise	521
1. Rechtsgestaltung des Verbrauchers gegenüber dem Unternehmer	521
2. Rechtsgestaltung des Verbrauchers gegenüber dem Darlehensgeber	521
3. Unwirksamkeit des finanzierten Geschäfts, Naturalobligationen	522
III. Kein Forderungsdurchgriff. Andere Ansprüche des Verbrauchers gegen den Darlehensgeber ohne Widerruf	523
1. Einwendungs- und Anspruchsdurchgriff	523
2. Verschulden bei Vertragsverhandlungen im verbundenen Geschäft durch Zurechnung auf den Darlehensgeber	525
3. Anspruch des Verbrauchers gegen die Bank aus Aufklärungspflichtverletzung bei institutionalisiertem Zusammenwirken sowie wegen unterlassener Widerrufsbelehrung	526
4. Schadensersatz durch Naturalrestitution	531
5. Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	532
6. Beratungsvertrag, Immobilien, Beleihungsunterlagen	533
IV. Gestaltung des Einwendungsdurchgriffs	533
1. Ausgangslage	533
2. Mängelbedingter Rücktritt	533
3. Minderung oder Schadensersatz	535
4. Mängelrüge	535
5. Sicherheiten	535
6. Insbesondere: Anlage- und Spekulationsgeschäfte	536
7. Produkthaftung	537
V. Bereicherungsrechtliche Rückforderung	537
1. Peremptorische Einrede	537
2. Dilatorische Einrede	539
VI. Ausnahmen	540
1. Völliger Ausschluss	540
2. Dilatorischer Ausschluss (Subsidiaritätsgrundsatz), § 359 Abs. 1 Satz 3	542

Inhaltsverzeichnis

§ 496 Einwendungsverzicht, Wechsel- und Scheckverbot	545
Vorbemerkung	547
I. Schuldnerschutz bei Abtretung	547
1. Rechtsgeschäftlicher Übergang	547
2. Cessio legis	549
3. Anerkenntnis, Vollstreckungsunterwerfung	550
4. Unterrichtung über Abtretung (Abs. 2)	551
II. Begebung von Wechseln oder Schecks	552
1. Verbotsumfang	552
2. Herausgabeanspruch	554
3. Präklusion und Regress	555
4. Prozess aus Wechsel oder Scheck	556
5. Erfasste Ansprüche	557
6. Dritte	557
III. Erlaubte Begebung	557
1. Kreditgeber als Wechselgläubiger	557
2. Diskontierung/Refinanzierung	559
3. Wechsel über verbundene Geschäfte	559
§ 497 Verzug des Darlehensnehmers	559
Vorbemerkung: „Moderner Schuldturn“	564
I. Anwendungsbereich	565
1. Darlehensvertrag – Kreditvertrag	565
2. Unternehmerische, insbesondere gewerbliche Kredite	566
3. Sicherungsgeschäfte	566
4. Kondiktionsverzug	566
5. Vertragliche Regelungen	567
II. Schadensberechnung (Abs. 1)	568
1. Verzug	568
2. Abstrakte Schadensberechnung	570
3. Konkrete Schadensberechnung	575
4. Andere Kreditverträge als Darlehensverträge	577
5. Unentgeltliche Darlehen und Finanzierungshilfen	578
III. Zinseszins (Absatz 2)	578
1. Verzugsschaden und Zinseszinsverbot	578
2. Kontenführung	580
3. Immobiliardarlehensverträge	581
IV. Tilgungsverrechnung (Absatz 3)	582
1. Schuldturnproblematik durch Liquiditätsausgleich für den Gläubiger	582
2. Rangverhältnisse	583
3. Abweichende Tilgungsbestimmung des Verbrauchers	585
4. Verjährung (§ 497 Abs. 3 Sätze 3 und 4)	585
5. Titulierung von Zinsen	587
6. Immobiliarkreditverträge (Absatz 4)	593
7. Unentgeltliche Darlehen und Finanzierungshilfen	593
§ 498 Gesamtfälligkeitstellung bei Teilzahlungsdarlehen	593
I. Gesetzliches Kündigungsrecht des Darlehensgebers: Überblick, Anwendungsbereich und Abgrenzungen; Bausparfinanzierung, Forward- Darlehen, Zinscap-Prämie	597
II. Teilzahlungskredite und tilgungsfreie Kredite	601
III. Voraussetzungen der Gesamtfälligkeit	602
1. Schuldnerverzug	602
2. Mindestrückstand	602
IV. Erklärungen des Kreditgebers	605
1. Nachfrist und Androhung	605
2. Kündigung	607

Inhaltsverzeichnis

3. Mithaftung (Gesamtschuld)	608
4. Rechtsnachfolge	610
V. Rechtsfolgen	610
VI. Vergleichsgespräch	611
VII. Exkurs: Aufklärung und Beratung bei Kapitalanlagen – ein kurzer Überblick	612
1. Anspruch und Ausnahmen; Kasuistik	612
2. Verbraucher als Aufklärungsgläubiger	614
3. Wertpapierdienstleistungen	616
4. Verdeckte Rückvergütungen	617
5. Einlagensicherung	618
6. Ersatzansprüche und Verjährung	619
VIII. Kostenermäßigung § 501	622
§ 499 Kündigungsrecht des Darlehensgebers; Leistungsverweigerung	622
Vorbemerkung	624
I. Vereinbartes Kündigungsrecht des Darlehensgebers (Abs. 1)	624
1. Bestimmte Vertragslaufzeit	624
2. Unbestimmte Vertragslaufzeit	624
II. Verweigerung der Valutierung	625
1. Gesetzliches Leistungsverweigerungsrecht nach § 321 BGB	625
2. Vertragliches Leistungsverweigerungsrecht aus sachlichem Grund (Abs. 2)	625
III. Verweigerung der Valutierung ohne Vereinbarung eines Leistungsverweigerungsrechts	628
IV. Keine Anwendung von Abs. 1 und 2 auf Immobiliardarlehensverträge ..	628
V. Kündigung aufgrund Kreditwürdigkeitsprüfung (Abs. 3)	628
1. Kennzeichnung	628
2. Grundsatz: Bindung des Kreditgebers an den Vertrag	628
3. Ausnahme: unredliches Verhalten des Verbrauchers; relevante Informationen	629
4. Beweislast	630
§ 500 Kündigungsrecht des Darlehensnehmers; vorzeitige Rückzahlung	630
I. Gegenstand der Regelung	632
II. Gesetzliches Kündigungsrecht des Darlehensnehmers bei Allgemein- Verbraucherdarlehensverträgen (Abs. 1)	633
III. Vorzeitige Erfüllung (Abs. 2)	634
1. Anwendungsbereich und Voraussetzungen	634
2. Tatbestand der vorzeitigen Erfüllung	635
3. Immobilier-Darlehensverträge	637
IV. Unanwendbarkeit	638
§ 501 Kostenermäßigung	638
I. Anwendungsbereich	640
II. Verminderung der Gesamtkosten	640
1. Tatbestand des Bezugs auf die Zeit nach der Fälligkeit oder der Erfüllung	641
2. Nur laufzeitabhängige Kosten	641
3. Tilgungsrecht aus § 271 Abs. 2 BGB – Laufzeitunabhängige Kosten ..	642
4. Gestaffelte Berechnung	642
5. Insbesondere: Leasing	643
§ 502 Vorfälligkeitsentschädigung	644
Vorbemerkung	647
I. Ratio legis: Zinserwartung und Aufopferungsentschädigung	647
II. Anspruchsvoraussetzungen dem Grunde nach	648

Inhaltsverzeichnis

1. Vorzeitige Rückzahlung, Verhältnis zu § 490 Abs. 2 BGB und vertragliche Regelungen	648
2. Gebundener Sollzinssatz (§ 489 Abs. 5)	648
3. Zinsbindung im Zeitpunkt der Rückzahlung	649
III. Schadensberechnung	649
1. Angemessenheit	649
2. Unmittelbarkeit	651
3. Berechnungsarten	651
IV. Begrenzung der Schadenshöhe bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen (Abs. 3)	651
1. Relative Marge (1 %, 0,5 %)	651
2. Betrag der Sollzinsen	652
V. Ausschluss der Vorfälligkeitsentschädigung	652
1. Ausschluss nach Abs. 2	652
2. Ausschluss nach anderen Vorschriften	653
§ 503 Umwandlung bei Immobilier-Verbraucherdarlehen in Fremdwährung	654
Vorbemerkung	655
I. Fremdwährungskredit	655
II. Begriff des Umwandlungsrechts	656
III. Voraussetzungen der Umwandlung (Abs. 1 Sätze 1 und 3)	656
1. Immobilier-Verbraucherdarlehensvertrag in Fremdwährung	656
2. Vertragliche Abweichungen (Satz 3 und § 512 Satz 1 BGB)	657
IV. Änderung des Wechselkurses um mehr als 20 Prozent (Abs. 1 Satz 2)	659
1. Gesetzlicher Regelfall	659
2. Gesetzlicher Ausnahmefall (§ 494 Abs. 6 Satz 3)	659
3. Vertragliche Abweichung nach § 512 Satz 1	660
V. Durchführung der Umwandlung (Abs. 2)	660
1. Tag der Umstellung und Wechselkurs (Satz 1)	660
2. Abweichende Vereinbarungen (Satz 2)	660
VI. Finanzierungshilfen	661
VII. IPR	661
§ 504 Eingeräumte Überziehungskredite	661
Vorbemerkung	665
I. Darlehensverträge mit Überziehungsmöglichkeit	665
1. Begriff	665
2. Arten	666
3. Reichweite der Freistellung	667
II. Persönlicher Anwendungsbereich	668
1. Verbraucher	668
2. Darlehensgeber	668
III. Eingeräumte Überziehungsmöglichkeit im Allgemeinen (Abs. 1)	669
1. Vertragsinhalt	669
2. Rechtsfolgen	669
IV. Eingeräumte Überziehungsmöglichkeit bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen mit Dreimonatengrenze oder fristloser Kündigung (§ 504 Abs. 2 Satz 1)	671
1. Vertragsinhalt	671
2. Rechtsfolgen	672
V. Eingeräumte Überziehungsmöglichkeit mit besonderer Zinsvereinbarung (Abs. 2 Satz 2)	674
1. Vertragsinhalt	674
2. Rechtsfolgen	675
VI. Verletzung der Informationspflichten	675
VII. Exkurs: Zwangsvollstreckung in die Kreditlinie; Insolvenz; P-Konto, Basiskonto	675

Inhaltsverzeichnis

§ 504a Beratungspflicht bei Inanspruchnahme der Überziehungsmöglichkeit	677
I. Angebot einer Beratung	678
1. Nebenpflicht des Darlehensgebers	678
2. Form und Zeit des Angebots (Abs. 1 Satz 3)	679
3. Annahme durch den Verbraucher und Ablehnung	679
4. Wiederholung des Beratungsangebots (Abs. 3)	680
II. Voraussetzungen der Beratungspflicht (Abs. 1)	681
1. Zeitfaktor und Überziehungsbetrag (Satz 1)	681
2. Rechnungsabschluss (Satz 2)	681
III. Inhalt und Form der Beratung (Abs. 2)	681
1. Alternativen und Konsequenzen (Satz 1)	681
2. Form (Sätze 2, 3)	682
IV. Dokumentation	682
1. Angebot (Abs. 1 Satz 4)	682
2. Beratungsgespräch (Abs. 2 Satz 4)	682
V. Zeitliche Geltung	682
§ 505 Geduldete Überziehung	683
Vorbemerkung	685
I. Begriff der geduldeten Überziehung	685
II. Girovertraglich geduldete Überziehung	687
1. Grundlagen	687
2. Parteien: Unternehmer und Verbraucher	687
3. Insbesondere: Überweisung und Scheckeinlösung	687
III. Rechtsfolgen der girovertraglich geduldeten Überziehung	689
1. Pflichtangaben im Girovertrag	689
2. Mitteilung in regelmäßigen Zeitabständen	689
3. Erhebliche Überschreitung (Abs. 2)	689
4. Sanktionen (Abs. 3)	691
5. Unanwendbare und anwendbare Vorschriften (Abs. 4)	691
§ 505a Pflicht zur Kreditwürdigkeitsprüfung bei Verbraucherdarlehensverträgen	692
I. Einführung	695
II. Immobilien-Kreditwürdigkeitsprüfungsleitlinien-Verordnung (ImmoKWPLV)	695
III. Anwendungsbereich	696
IV. Zivilrechtliche Prüfungspflicht	696
V. Verbot des Vertragsschlusses	697
VI. Aufstockung des Nettodarlehensbetrags	699
VII. Privilegierung beim Immobilien-Verbraucherdarlehensvertrag	699
1. Privilegierte Darlehen	700
2. Prüfung nur nach Maßgabe des § 505a Abs. 2 BGB	700
3. Missbrauchsgrenze	701
§ 505b Grundlage der Kreditwürdigkeitsprüfung bei Verbraucherdarlehensverträgen	701
I. Grundlage der Kreditwürdigkeitsprüfung	703
II. Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag	703
III. Immobilien-Verbraucherdarlehensvertrag	704
IV. Datenschutz	707
§ 505c Weitere Pflichten bei grundpfandrechlich oder durch Reallast besicherten Immobilien-Verbraucherdarlehensverträgen	707
§ 505d Verstoß gegen die Pflicht zur Kreditwürdigkeitsprüfung	709
I. Kodifizierte Rechtsfolgen	710
II. Zinsermäßigung	711
III. Sonderkündigungsrecht	712

Inhaltsverzeichnis

IV. Beweislast	712
V. Freistellung des Verbrauchers	712
VI. Falschangaben des Verbrauchers	714
VII. Ausschließliche Regelung	714
§ 505e Verordnungsermächtigung	714
I. Verordnungsermächtigung	729
II. Immobilien-Kreditwürdigkeitsprüfungsleitlinien-Verordnung	730

Untertitel 2. Finanzierungshilfen zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher

§ 506 Zahlungsaufschub, sonstige Finanzierungshilfe	730
A. Sachlicher Anwendungsbereich: Finanzierungshilfen	738
I. Kreditvertrag und Finanzierungshilfe	738
1. Die Systematik von Verbraucherkreditrichtlinie und Wohnimmobilien-Verbraucherkreditrichtlinie	738
2. Begriff der Finanzierungshilfe (Zahlungsaufschub und sonstige Finanzierungshilfe, § 506 Abs. 1, Allgemein- und Immobilien- Finanzierungshilfe)	739
3. Überlagerung durch Fernabsatzrecht	748
4. Abgrenzung des Vertrags über einen Zahlungsaufschub (§ 506 Abs. 1) zum Teilzahlungsgeschäft (§ 506 Abs. 3)	748
5. Fallgruppen	749
II. Teilzahlungsgeschäfte (Abs. 3)	757
1. Anwendungsbereich	757
2. Bestimmtheit und Abgrenzung zu Abs. 1	757
3. Teilzahlungsgeschäft und Ratenzahlung	758
4. Dreimonatengrenze	759
5. Vertragsarten	759
6. Vertragsänderung	759
7. Beweislast	759
III. Verträge mit Zahlungsaufschub (§ 506 Abs. 1), die keine Teilzahlungsgeschäfte sind (§ 506 Abs. 3)	759
1. Rahmenverträge des Handels	759
2. Immobilien-Finanzierungshilfen	760
3. Entgeltliche Stundung einer Forderung	760
IV. Finanzierungsleasing (§ 506 Abs. 2 und Abs. 1)	761
1. Miete, Pacht, sog. Operating-Leasing	761
2. Finanzierungsleasing als eigenständige Finanzierungsform	762
B. Anwendbare und nicht anwendbare Vorschriften	771
I. Grundsatz: Entsprechende Anwendung verbraucherdarlehensrechtlicher Vorschriften	771
II. Anwendbare Vorschriften	771
1. §§ 358 bis 360 (verbundene und zusammenhängende Geschäfte)	771
2. § 491a (vorvertragliche Information)	775
3. § 492 (Vertragsform und Pflichtangaben)	776
4. §§ 492a und 492b (Kopplungsgeschäfte)	780
5. § 493 (Unterrichtung bei Abschnittsfinanzierung)	780
6. § 494 (Nichtigkeit und Heilung)	781
7. § 495 (Widerrufsrecht)	781
8. § 496 (Abtretung, Wechsel- und Scheckverbot)	782
9. § 497 (Verzug des Verbrauchers)	782
10. § 498 (Gesamtfälligkeitstellung)	783
11. § 499 (Kündigungsrecht des Unternehmers, Leistungsverweigerungsrecht)	784
12. § 500 (Kündigungsrecht des Verbrauchers, vorzeitige Erfüllung)	784

Inhaltsverzeichnis

13. § 501 (Kostenermäßigung)	785
14. § 502 (Vorfalligkeitsentschädigung)	785
15. § 503 (Fremdwährungskredit)	786
16. §§ 505a bis 505d (Kreditwürdigkeitsprüfung)	786
17. Anhang: § 675a BGB iVm Art. 247a EGBGB (Geschäftsbesorgungsvertrag)	786
III. Nicht anwendbare Vorschriften	787
1. § 492 Abs. 4 (Form der Vollmacht)	787
2. Vollaussnahmen nach §§ 506 Abs. 4 Satz 1, 491 Abs. 2, Abs. 3 Satz 3	787
3. Teilausnahme nach §§ 506 Abs. 4 Satz 1, 491 Abs. 4 (Gerichtliches Protokoll)	790
4. Vorzeitige Erfüllung, Vorfalligkeitsentschädigung (§§ 500 Abs. 2, 502, 506 Abs. 2 Satz 2)	790
§ 507 Teilzahlungsgeschäfte	791
Vorbemerkung	794
I. Formprivileg für Fernabsatzverträge	794
1. Anwendungsbereich	794
2. Vertragsangebot des Verbrauchers aufgrund Verkaufsprospekts	794
3. Notwendige Angaben	795
4. Mitteilung des Vertragsinhalts auf einem dauerhaften Datenträger unverzüglich nach Vertragsabschluss	796
5. Rechtsfolgen	796
6. Wettbewerbsrecht	797
II. Nichtigkeit und Heilung (Abs. 2, Abs. 1 S. 1)	797
1. Formverstoß und fehlende Angabe; anwendbar bleibende Regelungen aus § 494	797
2. Heilung durch Übergabe, Leistungserbringung	798
3. Heilungsumfang	799
III. Falsche Angabe des effektiven Jahreszinses (Abs. 2 S. 5)	802
IV. Lieferung und Leistung nur gegen Teilzahlungen (Abs. 3)	804
1. Entbehrlichkeit der Angabe von Barzahlungspreis und effektivem Jahreszins (S. 1)	804
2. Kostenermäßigung nach § 501 (S. 2)	804
3. Keine Vorfalligkeitsentschädigung (S. 3)	805
§ 508 Rücktritt bei Teilzahlungsgeschäften	805
Vorbemerkung	807
I. Voraussetzungen und Abgrenzung	807
1. Gesetzliches Rücktrittsrecht des Kreditgebers, Verhältnis zu anderen Vorschriften	807
2. Rücktritt und Kündigung	808
3. Ausübung des Rücktrittsrechts	809
4. Rücktritt des Verbrauchers	810
II. Rücktrittsfolgen	810
1. Grundlagen	810
2. Ansprüche des Kreditgebers	811
3. Ansprüche des Verbrauchers	814
4. Verjährung	815
5. Widerruf des Verbrauchers	816
III. Rücktrittsvermutung	817
1. Ausgangslage	817
2. Wiederansichnehmen	820
3. Rückabwicklung und Vereinbarung über gewöhnlichen Verkaufswert	822
4. Verbundene Geschäfte	823

Inhaltsverzeichnis

Untertitel 3. Ratenlieferungsverträge zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher

§ 510 Ratenlieferungsverträge	826
I. Ratenlieferungsverträge als kreditähnliche Verträge	827
1. Ratio legis: Herstellung von Vertragsparität im Falle langfristiger Bindung	827
2. Europäisches Sekundärrecht	828
3. Voraussetzungen	828
4. Verbindung mit Finanzierungshilfe	830
5. Anwendbare Vorschriften	830
6. Nicht anwendbare Vorschriften	834
7. Anwendungsbereich	834
II. Die einzelnen Vertragsarten	836
1. Teillieferungsverträge (Nr. 1)	836
2. Sukzessivlieferungsverträge (Nr. 2)	837
3. Wiederkehrender Erwerb oder Bezug (Nr. 3)	840

Untertitel 4. Beratungsleistungen bei Immobilier-Verbraucherdarlehensverträgen

§ 511 Beratungsleistungen bei Immobilier- Verbraucherdarlehensverträgen	844
I. Einführung	847
II. Beratungsleistung und vorvertragliche Information	847
III. Grundlage der Beratungsleistung	848
IV. Inhalt und Form der Beratung	849
V. Sanktionen für fehlerhafte Beratung	849

Untertitel 5. Unabdingbarkeit, Anwendung auf Existenzgründer

§ 512 Abweichende Vereinbarungen	849
I. Abweichende Vereinbarungen	851
1. Halbzwingende Geltung	851
2. Insbesondere: Verzug, Kündigung und Rücktritt, Ablösung	852
3. Einseitige Willenserklärungen	853
4. Rechtsfolgen	855
II. Abweichende Vertragsform	856
1. Begriff und Bedeutung	856
2. Methodik	856
3. Anwendungsfälle	857
4. Keine Umgehungstatbestände	859
§ 513 Anwendung auf Existenzgründer	860
Vorbemerkung	861
I. Begriff der Existenzgründung	862
II. Beweislast	866
III. Ratenlieferungsvertrag	866
IV. Großkredite (75 000 €)	866

Inhaltsverzeichnis

Untertitel 6. Unentgeltliche Darlehensverträge und unentgeltliche Finanzierungshilfen zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher

§ 514 Unentgeltliche Darlehensverträge	869
Vorbemerkungen	871
I. Unentgeltlichkeit in Verbraucherkreditrichtlinie und WohnimmoRil ..	872
II. Klassifizierung des unentgeltlichen Vertrags	872
III. Widerrufsrecht	873
1. Grundsatz und Ausnahmen (§§ 491 Abs. 2 S. 2 Nr. 1, 312g, 495 Abs. 2 Nr. 1)	873
2. Widerrufsbelehrung (§ 514 Abs. 2 S. 3 und 4)	873
Muster für die Widerrufsbelehrung bei unentgeltlichen Darlehensverträgen zwischen einem Unternehmer als Darlehensgeber und einem Verbraucher als Darlehensnehmer	874
3. Beginn und Ende der Widerrufsfrist	878
4. Rückabwicklung nach Widerruf	879
IV. Entsprechende Anwendung verbraucherkreditrechtlicher Normen	879
1. Verzug, §§ 497 Abs. 1 und 3, 498	879
2. Kreditwürdigkeitsprüfung (§§ 505a–505c, 505d Abs. 2–4)	880
3. Verbundene Geschäfte (§§ 358 Abs. 1 und 2, 359)	881
4. Zusammenhängende Verträge (§ 360)	881
5. Keine Anwendung auf Existenzgründer (§ 513)	881
V. Unabdingbarkeit	881
1. Befund	881
2. Gesetzgeberischer Wille	881
3. Gesamtanalogie	882
4. Teilanalogien	882
§ 515 Unentgeltliche Finanzierungshilfen	883
Vorbemerkung	883
I. Entsprechende Anwendung von §§ 497 Abs. 1 und 3, 498, 505a bis 505c, 505d Abs. 2–4	883
II. Entsprechende Anwendung von §§ 358 bis 360	884
III. Widerrufsrecht, § 514 Abs. 2	884
1. Verhältnis zu § 312g	884
2. Rückabwicklung nach Widerruf	885
IV. Unabdingbarkeit	886

2. Teil. Darlehensvermittlung (§§ 655a bis 655e BGB)

Titel 10. Maklervertrag

Untertitel 2. Vermittlung von Verbraucherdarlehensverträgen und entgeltlichen Finanzierungshilfen

§ 655a Darlehensvermittlungsvertrag	887
I. Darlehensvermittlung – Kreditvermittlung	892
1. Grundlagen	892
2. Anwendungsbereich	893
II. Informationspflichten nach § 655a Abs. 2 BGB	897
1. Vorvertragliche Informationspflichten aus Art. 247 § 13 Abs. 2 und § 13b EGBGB	897

Inhaltsverzeichnis

2. Vorvertragliche Informationspflichten aus § 491a BGB	901
3. Werbung	901
§ 655b Schriftform bei einem Vertrag mit einem Verbraucher	902
I. Formvorschriften	902
1. Gesetzliche Schriftform	902
2. Kein Widerrufsrecht, verbundenes Geschäft, Direktvertrieb	903
3. Getrennte Vertragsurkunden	904
4. Aushändigungsanspruch	904
II. Vollmacht	905
III. Rechtsfolgen von Verstößen	905
1. Schriftform	905
2. Zusätzliche Angaben	905
3. Unrichtige Angaben	905
4. Bereicherungsausgleich	906
5. Vermittelter Darlehensvertrag	906
6. Wettbewerbsrecht	907
7. Ersatzansprüche	907
§ 655c Vergütung	907
I. Voraussetzungen des Provisionsanspruchs	908
1. Erfolgsabhängigkeit	908
2. Widerrufsrecht	909
3. Leistung des Darlehens	909
4. Kein Auskunftsanspruch	910
II. Umschuldung	911
1. Konditionenverschlechterung	911
2. Sittenwidrigkeit des Altdarlehens	912
3. Mehrere Altdarlehensverträge	913
4. Vorzeitige Ablösung und Zinsanpassung	913
5. Wissen	914
6. Berechnungsgrundlage (effektiver Jahreszins)	914
7. Ersatzansprüche aus der Verletzung von Aufklärungs- und Beratungspflichten	915
8. Wettbewerbsrecht	915
§ 655d Nebentgelte	916
1. Vereinbarung	916
2. Gemeinkosten	917
3. Entstandene und erforderliche Auslagen	917
4. Höchstbetrag	918
5. Kondiktion	918
6. Einzelfälle	918
7. Beratungsleistungen	919
8. Wettbewerbsrecht	919
§ 655e Abweichende Vereinbarungen, Anwendung auf Existenzgründer	920
 3. Teil. Internationales Verbraucherkreditrecht (Rom I-VO, Art. 46b EGBGB, Art. 34 AEUV [vormals Art. 28 EGV], UN-Kaufrecht)	
I. Freie Rechtswahl und engste Verbindung	923
II. Einschränkung der freien Rechtswahl	924
1. Binnensachverhalt und Binnenmarktsachverhalt gem. Art. 3 Abs. 3 und 4 Rom I	924
2. Verbraucherverträge nach Art. 6 Rom I	925

Inhaltsverzeichnis

3. Sonderanknüpfung gem. Art. 9; Wirksamkeitsvoraussetzungen nach Art. 10 Rom I	930
4. Verhältnis zu Art. 46b EGBGB	932
III. Europäische Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheiten (Art. 34, 36, 56, 63 AEUV, vormals Art. 28, 30, 49, 56 EGV)	932
IV. Internationale Kaufverträge (UN-Kaufrecht, CISG)	933
1. Überschneidungen mit Verbraucherkreditrecht	933
2. Formerfordernis	934
3. Widerrufsrecht	934
4. Beweislast	935

4. Teil. Verbraucherkredit-Mahnverfahren (§§ 688 bis 691 ZPO, weitere prozessuale Fragen, insbesondere Art. 17 EuGVVO)

§ 688 ZPO Zulässigkeit	937
§ 690 ZPO Mahnantrag	937
§ 691 ZPO Zurückweisung des Mahnantrags	938
I. Einführung	942
1. Die Problematik der Schlüssigkeitsprüfung im Mahnverfahren	942
2. Einzelfragen	943
II. Statthaftigkeit des Mahnverfahrens	943
1. Absoluter Zinsunterschied	943
2. Angabepflicht nach §§ 492, 506 BGB	944
III. Mahnantrag	944
1. Notwendige Angaben	944
2. Angaben für die Tilgungsverrechnung	945
3. Angaben für den Zinsvergleich	945
4. Vordrucke	945
IV. Zurückweisung des Mahnantrags	945
1. Erkenntnisfindung des Gerichts	945
2. Fristunterbrechung, Verjährungshemmung (§ 691 Abs. 2 ZPO)	948
3. Beschwerde und Erinnerung	949
V. Exkurs: Zuständigkeit, Gerichtsstand, Schiedsverfahren	949
1. Örtliche Zuständigkeit nach § 29c ZPO	949
2. Internationale Zuständigkeit nach Art. 17 EuGVVO	950
3. Schiedsvereinbarungen	955
Sachverzeichnis	957

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG